

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Litwinoff kritisiert den französischen Plan

„Sicherheit vor dem Krieg“

Rußlands These: Totalabrüstung — Verbot der Angriffswaffen

Die Sitzung der Abrüstungskonferenz begann am Donnerstag mit der Rede des belgischen Außenministers. Nach ihm sprach

der russische Volkskommissar Litwinoff.



Er wiederholte den Vorschlag einer allgemeinen Abrüstung, erklärte aber, daß die Sowjetdelegation nicht die Alternative stelle „Nichts oder alles“. Die Entstehung des Völkerbundes und des Artikels 8 seiner Satzung seien nichts anderes als

ein schwacher Tribut an die Forderung der großen Volksmassen

gewesen. Die Sowjetregierung habe niemals die unausweichliche Notwendigkeit der Unterhaltung irgendeiner bewaffneten Macht gesehen und aus diesem Grunde wiederholt den Vorschlag einer

allgemeinen völligen Abrüstung als einziges Mittel zur Abschaffung des Krieges

gemacht. Die düsteren Voraussagen der Sowjetunion über die Möglichkeit eines neuen Krieges hätten sich leider durch die Ereignisse in Ostasien bestätigt. Der Krieg seit dort zwar noch nicht notariell beglaubigt, aber im übrigen regelrecht im Gange. Wer sei optimistisch genug, um zu behaupten, daß die dortigen Feindseligkeiten sich auf zwei Länder oder einen einzigen Kontinent beschränken würden? Die Ausdehnung der strittigen Grenzen sei jetzt größer als zu Beginn des letzten Krieges. Weder die bestehenden Pakte und Organisationen noch die Begrenzung der Rüstungen könnten den Krieg verhindern.

Die Formel der Sowjetdelegation laute:

Sicherheit gegen den Krieg.

Die Sowjetdelegation sei der Auffassung, daß man danach streben müsse, den Krieg selbst unmöglich zu machen. Litwinoff ging als erster Redner ausführlich auf die

französischen Vorschläge

ein. Die Erörterung dieser Vorschläge, so erklärte er u. a., würde diese Konferenz notwendigerweise in die vorbereitende Konferenz einer künftigen Abrüstungskonferenz verwandeln, die wahrscheinlich nicht weniger Zeit als der Vorbereitungsausschuß brauchen würde. Die französischen Vorschläge seien nur eine Ausarbeitung und Konkretisierung des Genfer Protokolls, das den Völkerbund sieben Jahre lang ergebnislos beschäftigt habe. Nichts deutete darauf hin, daß das Protokoll jetzt größere Zustimmung finde, als vorher. Sich auf dieses Bemühen zu versteifen, würde unter den gegenwärtigen Umständen einen Rückschritt bedeuten, der die Abrüstungsfrage um weitere sieben Jahre oder Jahrzehnte zurückwerfen würde.

Ausführlich beschäftigte Litwinoff sich mit dem französischen Vorschlag einer internationalen Armee.

Welche Garantien, so fragt er, bestehen, daß diese internationale Armee wirklich eingesetzt wird und daß es rechtzeitig geschieht, ehe der Schwächere endgültig zu Boden geworfen ist? Welche Garantien bestehen dafür, daß ein internationaler Organismus, der über die internationale Armee verfügt, den Angreifer wird bestimmen können und wollen? Wer bürgt dafür, daß bei dem Vorhandensein des nationalen Egoismus, von dem hier mit Recht gesprochen worden ist, eine internationale Armee nicht im Interesse dieses oder jenes Staates eingesetzt wird, der sich innerhalb des internationalen Organismus mit Hilfe von Sonderbündnissen, Ententen und Abkommen die Vorherrschaft gesichert hat? Die französischen Vorschläge sagen nichts über das Verbot solcher Abmachungen. Ich lasse die Frage beiseite, ob man von der Sowjetunion verlangen kann, daß sie die Sorge um ihre Sicherheit und einen Teil ihrer Truppen einem internationalen Organismus anvertraue, dessen ungeheure Mehrheit aus Staaten bestehen würde, die ihr offen feindlich gesinnt sind und die aus Feindschaft keine Beziehungen mit ihr unterhalten. — Man kann vielmehr erwarten, daß die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion glauben, daß die Schaffung einer internationalen Armee unter den gegenwärtigen Umständen nur eine Bedrohung ihres Landes

bedeuten kann. Aus diesem Grunde muß ich offen sagen, daß unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit der Staaten die französischen Vorschläge uns mit ernstesten Zweifeln erfüllen. Die Sowjet-Delegation wird durch diese Tatsachen in ihrer Ueberzeugung bestärkt, daß der einzige und unfehlbare Weg zur Lösung des Problems der Organisation des Friedens, des Problems der Verhinderung der Kriege und des Problems der Sicherheit für alle Völker der von ihr empfohlene Weg einer völligen und allgemeinen Abrüstung ist.

Litwinoff betonte besonders, daß die Sowjetunion den Wert der internationalen Abkommen und Verpflichtungen für die Sache des Friedens nicht verkenne.

Sie habe allen Staaten ohne Ausnahme nicht-angriffspakte vorgeschlagen und werde dies weiterhin tun. Diese Pakte hätten zum mindesten die Bedeutung, daß sie den Prüfstein für die friedlichen Absichten der anderen Staaten darstellen. Wenn ein Faktvorschlag von einem anderen Staate angenommen und sofort verwirklicht werde, könne die Sowjetunion eine gewisse Stabilität in ihren Beziehungen mit diesem Staate feststellen. Wenn dieser Vorschlag nicht sofort angenommen werde, wenn seine Erörterung Jahre hindurch dauere, und wenn nach Paraphierung der Texte lange Erwägungen einsetzen und die endgültige Unterzeichnung aufge-

Hindenburg-Entscheidung Sonnabend

TU. Berlin, 11. Februar.

In Berliner politischen Kreisen rechnet man damit, daß eine Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung der Reichspräsidentenkandidatur durch Hindenburg bis zum Sonnabend abend oder Sonntag endgültig gefallen sein wird.

schohen werde, so könne dieses Gefühl des Vertrauens nur abnehmen.

Die Sowjet-Delegation, so fuhr Litwinoff fort, hat dem Vorbereitungsausschuß vor über vier Jahren den Entwurf eines allgemeinen Abrüstungsabkommens unterbreitet, der diese Abrüstung innerhalb von vier Jahren vorsah.

Die Sowjetdelegation ist jedoch nicht in der alleinigen Absicht hierher gekommen, ihren Vorschlag einer allgemeinen völligen Abrüstung zu wiederholen, oder die Konferenz vor die Alternative zu stellen: Völlige Abrüstung oder nichts. Unsere Delegation wird bereit sein, zusammen mit Ihnen jeden Vorschlag zu erörtern, der auf eine Herabsetzung der Rüstungen ausgeht.

Litwinoff erinnerte daran, daß die Sowjetdelegation als erste das

völlige Verbot der aggressiven Rüstungskategorien

angeregt habe. Diese Vorschläge blieben auch für die jetzige Konferenz in Kraft. Sie umfaßten insbesondere

1. Panzerwagen und schwere weittragende Artillerie,
2. Schiffe mit über 10 000 Tonnen Wasserverdrängung,
3. Schiffsartillerie mit einem Kaliber von über 12 Zoll,
4. Flugzeugmutterschiffe,
5. Militärluftschiffe,
6. schwere Bombenflugzeuge, alle lagernden Fliegerbomben und alle durch Luftfahrzeuge zu befördernden Zerstörungsmittel,
7. alle Apparate und Vorrichtungen zum Angriff mit chemischen, bakteriologischen oder Brandwerkzeugen.

Die Sowjetdelegation habe ferner vorgeschlagen, Luftbombardements absolut auf das Dringendste befürworten, wobei sie und nicht nur außerhalb einer bestimmten Zone zu verbieten. Die Sowjetdelegation habe ferner vorgeschlagen, nicht nur die Anwendung der chemischen Kriegsmittel, sondern auch ihre Herstellung in Friedenszeiten zu verbieten. Die Sowjetdelegation werde die progressive und proportionale Methode als die objektivste und geräteste Methode der Rüstungseinschränkung

Erleichterung und Ausnahmen bei den durch einen Angriff am meisten bedrohten Ländern zulassen

werde. Sie werde bereitwillig jeden Vorschlag unterstützen, der ihren eigenen Vorschlägen nahe komme und darüber hinausgehe. Sie werde die Gleichberechtigung aller Konferenzteilnehmer und gleiche Sicherheit für alle Länder verlangen.

Am Schluß seiner Rede machte Litwinoff unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit bemerkenswerte

Stillegung zwecks Erpressung

Die Rache der Unternehmer

TU. Kattowitz, 10. Februar.

Der Demobilisierungskommissar beschäftigte sich erneut mit einer Reihe von Entlassungsanträgen der Eisenhütten. Die Falva-Hütte erhielt die Genehmigung zur Entlassung von 160 Arbeitern. 750 Arbeiter werden für zwei Monate beurlaubt. Auf die gleiche Weise wurde der Antrag der Bismarck-Hütte auf Entlassung von 1340 Arbeitern erledigt. Hier dürfen 340 Arbeiter entlassen werden, während 1000 Arbeiter für zwei Monate zu beurlauben sind. Weitere Entlassungsanträge liegen dem Demobilisierungskommissar von der Königs-Hütte vor. Die Entscheidung über das Schicksal der Falva-Hütte, der bekanntlich völlige Stillegung droht, ist immer noch nicht endgültig gefallen.

Die Rybnicker Steinkohlengesellschaft forderte vom Demobilisierungskommissar die Zustimmung zur Stillegung der Charlotte-Grube, in der 2000 Arbeiter und 1000 Beamte beschäftigt werden. Desgleichen soll die Blücher-Grube mit 1700 Arbeitern stillgelegt werden. Die Stillegung dieser Grube war schon vor einigen Monaten beabsichtigt, konnte jedoch durch eine sechsprozentige Lohnherabsetzung damals vermieden werden.

Schon die Häufung der Kündigungen und Entlassungen läßt keinen Zweifel darüber, daß es sich hier um ein organisiertes Vorgehen seitens der Unternehmer handelt, dessen Sinn ist, an den Arbeitern Rache zu nehmen. Diese

hatten nämlich bei dem jüngsten Lohnkonflikt insofern einen gewissen Erfolg zu verzeichnen, als die von dem Unternehmertum geforderte Lohnsenkung seitens der Schlichtungskommission abgelehnt wurde. Nun soll diese unter Druck gesetzt und der Lohnabbau erzwungen werden. Greifen aber einmal die Arbeiter zu dem Mittel des Zwanges, dann werden sie sofort als Bolschewisten angeklagt.

Immerhin enthält auch dieser Vorfall eine große Lehre für die Arbeiterschaft; er zeigt, daß sie zur Wahrnehmung ihrer nacktesten Interessen über den Rahmen der kapitalistischen Eigentumsordnung hinausstoßen und für den Sozialismus kämpfen muß, und zwar nicht erst in einer fernen Zukunft, sondern in der unmittelbaren Gegenwart.

Wieder „nationale“ Felle fortgeschwommen

Französisch-englische Reparations-Verständigung

Paris, 11. Februar.

Am Donnerstag hat zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Laval und dem britischen Botschafter, Lord Tyrrell, eine einstündige Unterredung über die Reparationsfrage stattgefunden.

Am Quai d'Orsay wird dazu erklärt, daß die französisch-englischen Verhandlungen ihrem Abschluß entgegengehen und daß eine grundsätzliche Verständigung unmittelbar bevorstehe. Innerhalb der nächsten 24 Stunden werde die Öffentlichkeit über das Ergebnis unterrichtet werden.

